

Pressekonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
in Berlin am 22. September 2016

Statement der Vorsitzenden der GEW Baden-Württemberg Doro Moritz

Es gilt das gesprochene Wort.



Sehr geehrte Damen und Herren,

für gute Bildung unserer Kinder und Jugendlichen brauchen wir mehr als Sonntagsreden und Absichtserklärungen.

Mich als Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW in Baden-Württemberg macht es regelmäßig wütend, dass die Politik die Bedeutung der Bildung kennt, auch die hohe Wirksamkeit der frühen Bildung, dass sie die unbestrittene Notwendigkeit des frühen Erwerbs der deutschen Sprache für eine erfolgreiche Bildungsbiographie betont und sich dies kaum in zusätzlichen Investitionen auswirkt. Eine aktuelle OECD-Studie belegt, dass bei Migrant/innen der Bildungsaufstieg in Deutschland nur schwer gelingt. In Ländern wie Österreich oder der Schweiz werden Kinder aus bildungsfernen Schichten vor allem in den ersten Jahren verstärkt gefördert.

Es macht mich wütend, dass sich die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten im Bildungsbereich seit Jahren verschlechtern, die Personalausstattung in den Bildungseinrichtungen und die Investitionen in Qualitätsentwicklung bestenfalls stagnieren, die Einstellungsstandards kontinuierlich gesenkt werden, die qualitativen Anforderungen dagegen kontinuierlich steigen.

Ich werde aus der Sicht des Landes Baden-Württemberg Beispiele für den beträchtlichen Investitionsbedarf benennen. Er stellt sich in den anderen Bundesländern nicht anders dar.

Was brauchen wir in den Ländern (und Kommunen)?

Schule

Der Start ins neue Schuljahr begann nicht erst in diesem Jahr in den allermeisten Bundesländern mit Problemen in der Stellenbesetzung und damit in der Unterrichtsversorgung. In Baden-Württemberg konnten zehn Prozent der unbefristeten Stellen, überwiegend Beamtenstellen, nicht besetzt werden, vor allem in den Grundschulen. Wir haben Lehrermangel in Baden-Württemberg und in nahezu allen anderen Bundesländern. In Sachsen wurden zum neuen Schuljahr über alle Schularten hinweg 45 Prozent Seiteneinsteiger/innen eingestellt, in der Schulart Mittelschule waren es 54 Prozent. In Rheinland-Pfalz sind 25 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte in der Grundschule keine ausgebildeten Grundschullehrkräfte. Die Reihe ließe sich problemlos fortsetzen.

Der Lehrermangel hat mehrere Gründe:

1. Es besteht aufgrund der starken Pensionierungsjahrgänge erheblicher Ersatzbedarf.
2. Erweiterte pädagogische Aufgaben erfordern in beträchtlichem Umfang zusätzliche Lehrkräfte - und auch sozialpädagogische Fachkräfte und Schulsozialarbeiter/innen.
3. Die Attraktivität des Lehrerberufs sinkt.

Beispiele für erweiterte pädagogische Aufgaben

Ganztagschule

Die Grundschule muss im Anschluss an die Kita Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen. Und sie muss durch einen gut gestalteten Ganztag zum Abbau der Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft beitragen.

An den Grundschulen und an weiterführenden Schulen ist der Ganztag unzureichend ausgebaut.

Der offene Ganztag dominiert als Billigmodell und überzeugt Eltern oft nicht.

Wie sehen die Ganztagsangebote in der Bundesrepublik aus? Vielfach wird der Ganztag mit prekären Beschäftigungen, mit Ehrenamtlichen, organisiert. GEW sperrt sich nicht gegen Ehrenamtliche als Ergänzung des Angebots. Allerdings kann Schule mit einem Flickenteppich von Beschäftigten nicht als Lebensraum gestaltet werden und nicht dazu beitragen, ungleiche Bildungschancen abzubauen. Die Angebote der örtlichen Vereine tragen nicht zur Unterstützung in den Kernfächern bei. Sozialpädagogische Fachkräfte haben im Ganztag äußerst unbefriedigende Arbeitsbedingungen und suchen sich deshalb Alternativen.

Schulsozialarbeit

Längst ist klar, dass Schulsozialarbeit aus der Zuordnung zu sogenannten Brennpunktschulen heraus muss und in allen Schulen als präventiver Ansatz gebraucht wird.

Nur 1.300 volle Stellen gibt es in Baden-Württemberg. Um unsere Forderung nach 1:150 umzusetzen, sind mehr als 9.000 zusätzliche Schulsozialarbeiter/innen notwendig. Eine Stelle kostet rund 50.000 Euro. Zusätzliche Kosten 450 Millionen.

Schulpsychologie

Nach dem Amoklauf in Winnenden wurde die Zahl der Schulpsycholog/innen von 100 auf 200 verdoppelt. Jetzt wurde eine Wiederbesetzungssperre verfügt. Wir haben derzeit einen Schlüssel von 1 Psychologe/in: 10.200 Schüler/innen (bundesdurchschnitt ca. 7.600).

Inklusion

Kein Bundesland hat für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen Rahmenbedingungen geschaffen, die für alle betroffenen Schüler/innen und die beteiligten Lehrkräfte akzeptabel sind. Wir brauchen für Inklusion das Zwei-Pädagogen-Prinzip.

2014 wurde ein zusätzlicher Stellenbedarf von über 4.000 Lehrerstellen errechnet (Kosten 240 Millionen Euro). Diese Zahl wurde im Gesetzentwurf 2015 kleingerechnet auf noch rund 1.350 zusätzliche Stellen. Das alles bei einem strukturellen Unterrichtsdefizit im sonderpädagogischen Bereich von weit über 5 Prozent und einer Inklusionsquote, die deutlich über den Annahmen liegt.

Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen

Wartelisten für den Schulbesuch, gekürzte Stundenpläne, Schüler/innen ohne Sprachkenntnisse in großen Regelklassen, sehr viele Lehrkräfte ohne abgeschlossene Lehrerausbildung und ohne einschlägige Ausbildung für Spracherwerb – das ist die Realität an den Schulen. Das sichert nicht das Recht auf Bildung und trägt nicht zur raschen Integration in unsere Gesellschaft, in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, in unsere Demokratie bei.

Hoher Vertretungsbedarf durch Mutterschutz und Elternzeit sowie Langzeiterkrankte

Für Baden-Württemberg stellt sich das folgendermaßen dar:

Lehrkräfte (Köpfe) an öffentlichen Schulen 2015/16: 118.000, davon 68 Prozent weiblich.

Davon mehr als 5.000 Lehrkräfte in Mutterschutz und Elternzeit, 1.500 langzeiterkrankt, insgesamt 6.500. Das sind 7,7 Prozent.

Das Kultusministerium versucht mit 1.666 vollen Stellen aus dem Bestand, also ca. 2.000 Personen und 3.000 befristet Beschäftigten, das entspricht maximal 2.500 vollen Stellen, die Ausfälle aufzufangen. Die befristet Beschäftigten wird es aufgrund des Lehrermangels, der niedrigen Bezahlung und der Arbeitslosigkeit in den Sommerferien in absehbarer Zeit nicht mehr geben.

In allen Bundesländern haben wir die Situation,

- dass nicht mehr alle Stellen besetzt werden können,
- dass vielfach Personen ohne abgeschlossene Lehrerausbildung eingestellt werden,
- dass für Vertretungen während des Schuljahres kaum mehr Lehrkräfte gefunden werden,
- dass insbesondere Grundschullehrkräfte und Förderschullehrkräfte fehlen.

Zu niedrige Investitionen in die Grundschule

Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Erde. Bei der Finanzierung unserer Grundschulen liegen wir aber gerade mal im OECD-Durchschnitt.

Obwohl die Grundschule mit den Kitas die Basis des Bildungssystems darstellt, ist ihre Ausstattung im Vergleich mit den weiterführenden Schulen immer noch unterdurchschnittlich. Das gilt vor allem für die Lernzeit, die Kindern gewährt wird, aber auch für die Ausstattung und für die Bezahlung der Lehrkräfte und der Schulleitungen.

In Baden-Württemberg haben die Grundschulen weiterhin als einzige Schulart keine zusätzlichen Unterrichtsstunden in der Pflichtstundenzuweisung (sog. Poolstunden), mit denen sie Förderkonzepte aufbauen, auch musische und kulturelle Angebote machen können.

Ethik-Unterricht

Der Ethik-Unterricht wird unseren Grundschulen weiterhin verweigert, obwohl Werteerziehung, Wertorientierung, die Auseinandersetzung mit Religionen noch nie so wichtig war. Allein dafür sind in Baden-Württemberg 900 zusätzliche Lehrerstellen (54 Millionen Euro) notwendig.

Investitionsbedarf in Gebäude

Der Städtetag hat in Baden-Württemberg einen Investitionsstau bei Schulgebäuden in Höhe von 3 bis 4 Milliarden Euro errechnet. Diese Zahl korreliert mit dem vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW-Bankengruppe erstellten „KfW-Kommunalpanel 2015“, in dem bundesweit ein Schulinvestitionsstau von ca. 32 Milliarden Euro konstatiert wird. Nicht nur der Sanierungsbedarf ist riesig. Pädagogische Entwicklungen erfordern ein verändertes Raumkonzept.

Kosten Digitalisierung

Die Digitalisierung wird von den Ländern zwar als wichtig definiert. Wie sie finanziert werden soll, steht in den Sternen.

Arbeitsbedingungen im Schulbereich

Ich habe bisher nur den pädagogischen Bedarf genannt. Nicht zuletzt geht es uns als Gewerkschaft selbstverständlich um die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten.

Arbeitszeit wird im Schulbereich in Unterrichtsstunden gemessen. Diese Messgröße hat sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert. Auch Menschen, zu deren Lieblingsberufsgruppe Lehrer/innen nicht gehören, werden einräumen, dass der Lehrerberuf nicht einfacher und die Aufgaben nicht weniger geworden sind.

Es sind in beträchtlichem Umfang Lehrerstellen notwendig, um Kommunikation, Kooperation, Beratung mit allen am Schulleben Beteiligten zu gestalten. Auch der bürokratische Aufwand an Schulen hat deutlich zugenommen.

Das spüren auch die Schulleitungen, deren Arbeits- und Einkommensbedingungen insbesondere an kleineren Schulen nicht dem Status einer Führungskraft entsprechen.

Zusätzliche finanzielle Investitionen sind notwendig, um Lehrkräfte auf veränderte pädagogische und fachliche Aufgaben vorzubereiten, sie fachlich zu unterstützen und zu begleiten. Dafür braucht es eine Professionalisierung der Lehrkräftefortbildung. Es reicht nicht, Gesetze zu Inklusion und integrativem Unterricht zu verabschieden.

Die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst hinkt hinter der Wirtschaft zurück. Das Gehalt der Lehrkräfte in Baden-Württemberg wird in den ersten drei Dienstjahren um acht Prozent gekürzt.

Die GEW fordert ein, dass gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt wird. Lehrkräfte müssen mit A 13 bezahlt werden. Die Haushaltspolitik der Länder verhindert angemessene Besoldung.

Der Zusammenhang zwischen Qualität und Arbeitsbedingungen ist nicht im Blick der Landesregierungen.

Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes sinkt, insbesondere in konjunkturell guten Zeiten. Der Lehrerberuf wird immer anspruchsvoller, Lehrkräfte stehen in der Kritik. Das ist keine Motivation für das Lehramtsstudium.

Ausstattung der Kitas und Arbeitsbedingungen

Auf der Grundlage der Daten der statistischen Landesämter besteht bundesweit ein Bedarf von 107.000 vollzeitbeschäftigten Fachkräften in Krippen und Kitas. Das entspricht einem zusätzlichen Finanzbedarf von 4,8 Milliarden jährlich.

Baden-Württemberg hat zwar im Kita- und Krippenbereich bundesweit den besten Personalschlüssel. Allerdings sagt der Personalschlüssel nichts darüber aus, wieviel Arbeitszeit einer Fachkraft direkt beim Kind ankommt. Weder Leitungstätigkeit noch Vor- und Nachbereitungszeit, Urlaub, Krankheit, Mutterschutz, Elternzeit sind dort eingerechnet. Deshalb ist aus der Sicht der GEW die Fachkraft/Kind-Relation entscheidend, für die die GEW deutlich höhere Anforderungen formuliert.

Wenn diese Rahmenbedingungen nicht gegeben sind, kann die Kita nicht die an sie gestellten Ansprüche erfüllen.

Eine gute personelle Ausstattung ist in der frühen Bildung noch bedeutender als in der Schule. Sie muss eine stabile und kontinuierliche Beziehung zum Kind ermöglichen. Alltagsintegrierte Sprachförderung, bei der das Kind ein gutes Sprachvorbild erlebt, ist die wirksamste Form der Unterstützung des Spracherwerbs.

Für jeden Betrieb ist die Leitung von großer Bedeutung. Das gilt selbstverständlich auch für Bildungseinrichtungen. Sie entscheidet maßgeblich über die Qualität. Sie ist zuständig für Personalführung und -entwicklung, Qualitätsentwicklung, Zusammenarbeit mit dem Träger, der Jugendhilfe, der Schule, für die Elternarbeit. 20 Prozent der Kitas in Baden-Württemberg haben überhaupt keine Leitungszeit. Die GEW fordert je Kita-Gruppe 25 Prozent Freistellung für Leitungszeit. Allein das löst in den Kitas in Baden-Württemberg einen Bedarf von 2.000 zusätzlichen Stellen aus (Kosten 45.500 Euro pro Stelle, 91 Millionen Euro pro Jahr).

Auf den Anfang kommt es an! Der Beruf der Erzieherin muss aufgewertet werden.

Hochschulen

In Baden-Württemberg wurde zwar die Grundfinanzierung geregelt und in Stufen bis 2020 erhöht. Mit dieser Regelung können bis zu 12 Prozent mehr Dauerstellen für Daueraufgaben geschaffen werden. Das sind bis zu 3.000 Stellen. Befristungen sind aber leider immer noch die Regel an Hochschulen. 2013 waren in Baden-Württemberg mehr als 24.000 befristet Beschäftigte im Vergleich zu rund 30.000 Dauerstellen.

Weiterbildung

Mittel für Weiterbildungseinrichtungen liegen gerade bei 4,7 Millionen. Das ist ein Anteil von 0,18 Prozent des Bildungsbudgets. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 0,34 Prozent, also doppelt so hoch. In diesem Bildungsbereich gibt es überwiegend prekäre Beschäftigungen – eine völlig inakzeptable Situation.

Bildungsfinanzierung

Wir erinnern daran, dass Bundeskanzlerin Merkel vor 10 Jahren die Bildungsrepublik Deutschland ausrief und die Bildungsausgaben auf 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen und weitere 3 Prozent in die Forschung investieren wollte.

Die Ausgaben im Landeshaushalt Baden-Württemberg für Bildung haben sich seit 1995 kaum verändert. Sie lagen 2015 bei 3,3 Prozent des BIP (Deutschland 4,2; OECD 4,8).

Baden-Württemberg (Land und Kommunen) gibt im Ländervergleich unterdurchschnittlich viel Geld pro Schüler/in an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen aus. Bei den beruflichen Schulen liegen die Ausgaben bundesweit auf dem zweiten Platz.

Gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen sind finanzierbar (Länderertragssteuern)

Auch die grün-schwarze Regierung in Baden-Württemberg behauptet im Koalitionsvertrag, im Interesse künftiger Generationen zu handeln: „Grüne und CDU eint auch das Bestreben, die finanziellen Gestaltungsspielräume zukünftiger Generationen zu erhalten. [...] Wir wollen weder in finanzieller noch in ökologischer Hinsicht auf Kosten unserer Kinder leben.“ Diese Argumentation ist nicht neu und wird durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Sie suggeriert, dass die Schulden des Landes daher rühren, dass die Bevölkerung, die Landesbeschäftigten oder die Jugendlichen „über ihre Verhältnisse“ gelebt hätten.

Die GEW weist dies entschieden zurück. Die Schulden der öffentlichen Hand sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Umverteilungspolitik von unten nach oben.

1996 ließ z.B. die Regierung Kohl die Vermögenssteuer – eine Ländersteuer – auslaufen. Mitte der neunziger Jahre nahm das Land jährlich ca. 600 Millionen Euro an Vermögensteuer ein. Nach Berechnungen der GEW könnte Baden-Württemberg derzeit ca. 2,9 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Seit 1996 steigt die Verschuldung um ca. 21 Milliarden Euro an – ein guter Teil des Schuldenanstiegs geht also auf das Auslaufen der Vermögenssteuer zurück.

Im Bundestag bzw. im Bundesrat wird derzeit die Reform der Erbschaftssteuer beraten. Anlass für die Neuregelung ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 17. Dezember 2014. In seinem Urteil hat das Gericht im Kern festgestellt: „Die Verschonung von Erbschaftsteuer beim Übergang betrieblichen Vermögens in §§ 13a und 13b ErbStG ist angesichts ihres Ausmaßes und der eröffneten Gestaltungsmöglichkeiten mit Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar.“

Die GEW-Vorsitzende Tepe hat die Länder aufgefordert, dem vorliegenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung im Bundesrat nicht zuzustimmen. „Eine Reform, die diesen Namen verdient, könnte die Grundlagen der Bildungsfinanzierung nachhaltig stärken, denn die Einnahmen kommen ausschließlich in den Ländern an. Die Änderung des Erbschaftsteuergesetzes, die der Bundestag beschlossen hat, leistet dazu weder einen Beitrag, noch setzt sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) um.“

Die GEW hat ein eigenes Steuerkonzept vorgelegt, das nach dem Abzug von angemessenen Freibeträgen, die die steuerfreie Vererbung von normalem Familienvermögen sicherstellen, und einer progressiven Besteuerung einen Steuersatz in Höhe von 30 Prozent bei nahen Verwandten und 50 Prozent bei Nicht-Verwandten für Erbschaften ab zehn Millionen Euro vorsieht. Angestrebt werden Mehreinnahmen von sechs Milliarden Euro. So würde sich das jährliche Erbschaftsteueraufkommen bundesweit auf insgesamt zehn Milliarden Euro belaufen. Baden-Württemberg hat 2015 ca. 850 Mill. Euro an Erbschaftssteuer eingenommen. Eine Verdopplung der

Einnahmen entspricht in etwa dem Kürzungsziel, das die Finanzministerin für den Haushalt 2017 vorgegeben hat.

Die Liste der Einnahmeausfälle der öffentlichen Hand durch Steuergeschenke, Schlupflöcher oder Steuerhinterziehung ließe sich beliebig verlängern. Allein die Steuerrechtsänderungen seit 1998 haben von 2000 bis 2010 bundesweit zu Steuerausfällen von mehr als 300 Milliarden Euro geführt. Profitiert haben vor allem Unternehmen, Vermögende, Spitzenverdiener/innen und reiche Erben.

Auf der anderen Seite haben weder Ex-Ministerpräsident Günther Oettinger in Baden-Württemberg noch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble – Miterfinder der Schuldenbremse – gezögert, Milliardenkredite aufzunehmen, um die Spekulationsverluste der LBBW auszugleichen oder Milliardenschutzschirme für die Banken oder den Euro aufzuspannen.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der vergangenen 25 Jahre hat soziale Ungleichheit massiv befördert.

Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg hatte 2011 die Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 Prozent erhöht. Diese jährlich mehr als 300 Millionen kamen den Kommunen für den Krippenausbau und die Schulsozialarbeit zugute. Diese Steuer hat gezeigt, dass es möglich ist, staatliche Aufgaben durch Steuern zu finanzieren. Allerdings geht diese Steuer nicht nur zu Lasten hoher Einkommen und Vermögen. Im Ländle sind auch Menschen mit Durchschnittseinkommen Häuslebauer. Grün-Schwarz will entgegen der ursprünglichen Planung auf eine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer verzichten.

Gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen sind finanzierbar. Wir brauchen dafür aber in der Finanz- und Steuerpolitik eine Umkehr in diesem Land.

Was bringt das Sparen für die Zukunft, wenn die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter sinkt? Und was bringt das Sparen, wenn Kinder und Jugendliche heranwachsen, die die gleiche Perspektivlosigkeit wie ihre Eltern erwartet?

Wie werden junge Menschen zu toleranten, selbstbewussten, demokratischen Menschen, wenn sich Schule – überspitzt formuliert – auf Schreiben und Rechnen reduziert?

Investitionen in Bildung sind Investitionen in künftige Generationen.

Die GEW Baden-Württemberg hat 2012 folgenden Aufkleber gedruckt: Gute Bildung ist teuer.

Schlechte Bildung ist so teuer, dass unser Land sie sich nicht leisten kann.

Es ist unglaublich und nicht zukunftsorientiert, wenn eine Regierung nur die Haushaltskonsolidierung im Kopf hat und Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich und Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten Lippenbekenntnisse bleiben.

Deshalb startet die GEW die bundesweite Initiative „Bildung. Weiter denken.“